

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Fortifikationsamt Charandt, Finanzamt Meissen.

Nr. 34 - 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff, Dresden. Postfach: Dresden 2640. Dienstag, den 9. Februar 1926.

## Recht gegen Gewalt.

Im Jahre 1859 sagte beim Neujahrsempfang der französische Kaiser Napoleon III. dem österreichischen Gesandten, er bedauere außerordentlich, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich als getrübt bezeichnet werden müssen. Das war deutlich genug und wenige Monate später wurde Krieg. Die Rede, die Mussolini später wurde, ist von noch viel größerer, gänzlich undiplomatischer Schroffheit, und die Amerikaner haben nicht unrecht mit ihrer Behauptung, daß vor 15 Jahren hätte eine solche Rede vor der ganzen Welt vor als ein beabsichtigter Auftakt zu einer Kriegserklärung gegolten. Man ist ja allerdings gewöhnt aus Mussolinis Munde zu hören, aber von einer solchen Redebühne Deutschland gegenüber wie in seiner Rede vom vergangenen Sonnabend ist er selbst gegen Österreich nie gewesen. Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß seine Drohung, von der in Südtirol festgelegten antideutschen Politik nicht ein Haar abzuweichen, durchgeführt werden wird, aber wir vergessen es nicht, daß er und der Faschismus mit begehrlichen Augen über den Brenner hinwegsehen; hat doch Mussolini selbst in seiner Rede verraten, an eine Zeitlang gefahren zu haben, es sei nicht genug damit, daß Italien seine Flagge niemals auf dem Brenner streichen werde, sondern daß es vielmehr, wenn es nötig sein sollte, die Tricolore weiter vorwärts tragen würde.

Das ist blanke Kriegsdrohung. Leicht ist es für einen Staat wie das bis an die Zähne bewaffnete Italien, den ohnmächtigen Gegner zu verhöhnen und zu bedrohen. Die Antwort, die ihm deutschseits gegeben worden wird, kann nur in Worten bestehen; denn Mussolini pfeift auf alles, was die Festigkeit an Geisteskraft und der Völker Selbstbestimmung angebracht hat. Kein Mensch in Italien vermag die durch Wilson einst verfügte Vorkriegsgrenze der Nordgrenze bis zum Brenner dadurch zu rechtfertigen, daß völkische Gründe und früherer Besitz dafür anschlagenend waren. Mund und Netz ist diese Aneignung rein deutschen Gebietes lediglich mit strategischen Gründen gerechtfertigt worden. Die 200 000 Deutschen, die dort sitzen, sahen seit 1500 Jahren dort. Wir wissen genau, daß wir zu ohnmächtig sind, mit Gewalt unsere deutschen Volksgenossen zu befreien; uns ist es aber auch Ernst mit dem Geiste von Locarno, der die Gewalt aus der Welt schaffen will. Wir verteidigen nur kulturpolitische Ideale, wir wollen nur, daß unsere Volksgenossen das einfachste Recht haben, ihrer Volksgemeinschaft gemäß zu leben. Ob ein Mussolini in Italien regiert oder sonst irgendeine andere politische Richtung, kümmert uns nicht. Wir stehen zu unserem Wort, eine Grenzverschiebung mit militärischen Mitteln nicht erzwingen zu wollen.

Das weiß auch die Welt. Amerika, Schweden, selbst teilweise Frankreich verurteilen in mehr oder weniger scharfer Form die Rede Mussolinis und das wird dem deutschen Außenminister die demnächstige Antwort leichter machen. Wir wissen auch, daß ein Boykott Italiens durch deutsche Reisende eine Anderrung in der italienischen Politik nicht herbeiführen wird, aber dieser Boykott ist auch nicht materiell gedacht, sondern ideell, ist eine Selbstverständlichkeit für ein Volk, das sich nicht so ohne weiteres mit Fußritten bedenken lassen will. Weniger denn je werden wir, wenn wir erst Mitglieder des Völkerbundes sind, in Genf davon Abstand nehmen, für das primitivste Lebensrecht unserer Volksgenossen in Südtirol einzutreten und das Urteil der Welt zu verlangen, obwohl wir wissen, daß wir auch dadurch eine Änderung in den Absichten des Faschismus nicht erzwingen können. Aber Unrecht darf nicht zu Recht werden dadurch, daß es stillschweigend gebildete Gewohnheit wird, und wir werden von diesem Unrecht immer sprechen, nicht nur daran denken. Besonders dann, wenn dieses Unrecht sich gegen eine Idee richtet, auf der der ganze Völkerbund überhaupt aufgebaut ist.

Die österreichische Regierung ist vor einiger Zeit durch den Wiener italienischen Gesandten aufgefordert worden, die Proteste zu verhindern, die sich gegen die antideutsche Politik in Südtirol wandten. Mussolini hat darauf eine fest und würdig ablehnende Antwort erhalten. Auch wir werden es an einer solchen nicht fehlen lassen nach der Drohung Mussolinis gegen uns. Mussolini hat sich ja soeben — und das erklärt vielleicht zum Teil seine Nervosität — von einer anderen Macht eine solche Antwort geholt, die auch nicht über Säbel und Kanonen verfügt. Das ist der Vatikan, die katholische Kirche, die aus politischen, nur aus politischen Gründen vom Faschismus so heftig umworben wird. Derselbe Generalsekretär Farinacci, der jetzt die Interpellation wegen Südtirol in der Italienischen Kammer einbrachte, hatte gegen den Kardinalstaatssekretär Gasparri nicht minder heftige Angriffe gerichtet, weil man sich kirchlicherseits weigerte, die antideutsche Politik in Südtirol mitzumachen. Da hat nicht nur der Papst seinem Staatssekretär in einem langen Schreiben sein volles Vertrauen ausgedrückt, sondern diesem Protest hat sich auch die gesamte Weilschheit Italiens angeschlossen. Das ist dem Faschismus überaus unangenehm und so soll er auch in Südtirol erleben, daß die Welt für einen Kulturkampf gegen das Deutsche noch nicht mehr so leicht zu haben ist und daß wir, wenn auch besieg, freiwillig die Ketten nicht tragen werden, die uns Gewalt anlegen will.

## Deutschlands Anmeldung zum Völkerbund.

### Einstimmiger Kabinettsbeschluss.

Berlin, 8. Februar. (Amislich.) Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung die Absendung einer Note einstimmig beschlossen, durch die der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund angemeldet wird. Die Note wird alsbald nach der Uebersetzung in Genf veröffentlicht werden.

### Heute Uebergabe durch den deutschen Generalkonsul in Genf.

Berlin, 8. Februar. Nachdem das Reichskabinett heute nachmittag endgültig beschlossen hat, das Gesuch um Eintritt in den Völkerbund nach Genf abzugeben, ist die vom Außenminister entworfene und vom Kabinett gebilligte Note noch heute abend in später Stunde telegraphisch nach Genf an den dortigen deutschen Generalkonsul übermittelt worden. Dieser wird das deutsche Eintrittsgesuch im Laufe des Dienstag dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond überreichen der nach seinem Aufenthalt in Paris jetzt wieder in Genf eingetroffen ist. Die Veröffentlichung der Note ist für Mittwoch früh in Aussicht genommen.

### Stresemann antwortet heute auf Mussolinis Angriffsrede.

Die unerhörten Angriffe, die Italiens großmächtiger Alleingebiet Mussolini in seiner letzten Rede sich gestattet, haben natürlich nicht nur einhellige Empörung im gesamten deutschen Volke wachgerufen, sondern auch die regierenden Kreise in Berlin auf das äußerste beunruhigt und erregt. Um so größer ist die peinliche Überraschung, als die Kaiserin Mussolinis in einem Augenblick erschallen, in dem Deutschland sich anschickt, in den Völkerbund einzutreten, dessen Mitglied Italien ist. Das allgemeine Empfinden im deutschen Volke verlangt alsbaldige Antwort an den oder die Gewaltmenschen in Rom, und es steht fest, daß diese Antwort in Deutschen Reichstage durch den Mund des dazu Berufenen, des Reichsaussenministers Dr. Stresemann, am Dienstag erfolgt. Zu diesem Zwecke haben die hinter der Reichsregierung stehenden politischen Parteien eine Interpellation an die Regierung vorbereitet, um ihr so Gelegenheit zur Zurückweisung der Ausschreitungen Mussolinis zu geben.

### Deutscher Schritt bei den Mächten.

Das Montag zusammengetretene Reichskabinett beschäftigte sich außer mit der Völkerbundsfrage auch mit der Rede Mussolinis. Es soll dabei neben der Antwortrede Dr. Stresemanns auch die Frage eines Schrittes Deutschlands bei den übrigen Mächten erwogen worden sein. Diese sollen unter Umständen darauf aufmerksam gemacht werden, wie sehr solche kriegsheterischen Reden des italienischen Ministerpräsidenten geeignet seien, den Frieden Europas zu gefährden, und in welchem Widerspruch sie zu den Ideen stehen, die durch den Völkerbund vertreten werden.

### Was das Ausland sagt.

#### Ablehnung in England.

Die englische maßgebende Presse ist sich fast einig in der Beurteilung der hegereiten Mussolinis. „Daily Telegraph“ sagt, Mussolinis Drohung, die italienische Flotte eventuell noch weiter nördlich vorzutragen, könne von den Kabinetten und dem Völkerbund nicht unbeachtet gelassen werden, außer, wenn sie nur als eine rhetorische Wendung und als nichts anderes aufzufassen sei. — „Westminster Gazette“ meint, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund werde nicht nur ein sichtbares Zeichen seiner Wiedereingliederung zur Gemeinschaft der Nationen auf dem Fuße der Gleichberechtigung sein, sondern Deutschland werde auch imstande sein, seine Stimme von Genf aus über alle Fragen von internationaler Bedeutung und über Dinge, die es selbst unmittelbar betreffen, hören zu lassen. — „Daily News“ bemerken, daß der Zwischenfall sehr unglücklich sei unmittelbar vor der Einreichung des deutschen Gesuches um Aufnahme in den Völkerbund. — „Daily Express“ spricht von der Säbelratsrede Mussolinis und sagt, durch Mussolinis Erklärung, daß Italien evtl. die Tricolore nach der anderen Seite des Brennerpasses hinübertragen werde, sei Frankreich beunruhigt, insbesondere auf eine frühere Erklärung Mussolinis hin, daß 1926 das napoleonische Jahr für den italienischen Faschismus sein werde.

#### Frankreichs Meinung geteilt.

Die Rede Mussolinis wird nicht von der gesamten Presse zustimmend besprochen. Die Regierungspresse lehnt sie ab. So schreibt „Coeur“: Es ist wahr, daß Mussolini den 200 000 Deutschen in Südtirol verboten hat, ihre Sprache zu sprechen, es ist auch wahr, daß er geschworen hat, sie zu italienisieren. Das alte Rom ist untergegangen, weil es die Stellung verkannt hat, die die Soldaten bei ihm eingenommen haben. Die Kinderdeiten schikanieren: heute die Deutschen, morgen die

### Der französische Deutschenhaß triumphiert

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 8. Februar. Gustav Herold schreibt in der „Bourse“: Haben unsere italienischen Freunde zu begreifen begonnen, warum es ihr direktes persönliches Interesse ist, daß wir die militärische Grenze am Rhein und an der Schweiz und von der Schweiz bis nach Holland halten, sei es auch nur, um es dem französischen Heere zu gestatten, die Boches an dem Tage an den Hochhöfen festzuhalten, wenn Großdeutschland, verstärkt durch Oesterreich, ein großes Heer nach dem Brenner oder vielleicht sogar nach Rom entsenden will? (Derartige Gedankengänge bewegen sich unverbürgt auf der Linie einer italienisch-französischen Front gegen Locarno. Eine nette „einladende Geste“ für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund!)

### Reichshilfe für die Hochwasseropfer.

Steuererleichterungen, billige Kohlen und Düngemittel. Der Haushaltsausschuß des Reichstags erhöhte die Beihilfen zur Vinderung der Not der durch Hochwasser Geschädigten von drei auf fünf Millionen Reichsmark. Die Reichsregierung wird außerdem ersucht, zur Vinderung der Not der von der letzten Hochwasserkatastrophe betroffenen bedürftigen Personen darauf hinzuwirken, daß die vorgesehenen steuerlichen Erleichterungen soweit möglich und nötig auf das Gebiet der Hilfe ausgedehnt werden. Bei der Erhebung der Steuern in den Ländern und Kommunalverbänden sollen entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Bei den von den Ländern zu ergreifenden Hilfsmaßnahmen soll neben der Verwendung von Darlehen die billige Beschaffung von Kohlen und Baustoffen, von Düngemitteln und Saatgut und der Erlass von Darlehen zur Befreiung älterer Hochwasseropfer ins Auge gefaßt werden. Die Reichsregierung wird ersucht, baldigst einen Sachverständigenausschuß einzusetzen, der die Ursachen der namentlich im Stromgebiet des Rheins sich häufenden Hochwasser zu untersuchen hat.

### 20 000 Straferlasse durch das Republikshulgesetz.

Der Ausschuß beschäftigte sich anschließend mit dem Haushalt des Reichsjustizministeriums für 1926. Auf Anfrage des Berichterstatters Abg. Dr. Korisch (Komm.), wann das Republikshulgesetz aufgehoben werde, erwiderte Reichsjustizminister Marx, für die Frage des Artikels 48 sei das Innenministerium und nicht das Justizministerium zuständig; ebenso sei für die Aufhebung des Republikshulgesetzes das Ministerium des Innern federführend. Staatssekretär Joel erklärte, beim Reichsgericht seien an Freiheitsstrafen 185 erlassen, das Verfahren sei in 942 Fällen niedergeschlagen. Für das Reich und die Länder betragen die Zahlen 20 000 Straferlasse und 9000 Niedererschlagungen. Auf Anfragen der Abgeordneten erwiderte Reichsjustizminister Dr. Marx, eine Vorlage zur Reform des Strafgesetzbuches liege vor. Wir nehmen an, daß im Juli, August oder September die Angelegenheit in den Reichsrat gelangen und Ende des Jahres etwa an den Reichstag kommen wird.

Slawen und schließlich auch die französische Bevölkerung im Tale von Aosta, das heißt, eine Irredenta schaffen. — „Ore Nouvelle“ meint: Der Zwischenfall, der Mussolini mit der deutschen Regierung stark in Widerspruch gesetzt hat, ist ein schlagender Beweis, daß man nichts dem Zufall überlassen darf, denn alle Klunden des Krieges sind noch nicht geküht. — „Quotidien“ sagt: Wenn die deutschvölkische Bewegung eine Gefahr für den Frieden ist, dann bedeutet die faschistische Bewegung auch eine Gefahr. Natürlich jubeln die deutschfeindlichen nationalistischen Hegeblätter den Großsprecherern Mussolinis zu.

### Amerika ist erstaunt!

Unangenehmes Erstaunen über Mussolinis Dreistigkeiten zeigt sich überall. Die „Chicago Tribune“ nennt die Rede direkt eine Kriegsdrohung und meint, vor fünfzehn Jahren würde einer solchen Rede unmittelbar die Kriegserklärung gefolgt sein. — „World“ veröffentlicht eine Karikatur, die Mussolini als italienischen Kaiser darstellt. Das Blatt bemerkt ironisch, der angeblich friedlich gesonnene Mussolini sei scheinbar bei der Rede über Tirol „abhanden gekommen“. Die Rede sei ein direkter Appell an die Leidenenschaften seiner Anhänger und eine offene Erklärung feindlicher Absichten gegen Deutschland. Wenn das der wahre Mussolini sei, so müsse festgestellt werden, daß in seiner Politik der Krieg ein leicht erreichbares Mittel sei. Die Bedrohung des europäischen Friedens zähle bei ihm weniger als der faschistische Applaus. — „New York Evening Post“ informiert das mit den Verhältnissen unbelannte Publikum und äußert: In Südtirol herrscht waffenloser Kriegszustand. Die faschistische Regierung entzieht allen Gemeinden die Selbstverwaltung und läßt einen Terror ausbreiten durch die Karabinieri und die faschistische Miliz, die insgesamt vier- bis zehnmal so stark wie vor dem Kriege sind. In keinem zivilisierten Lande wurde jemals zuvor ein derartiges Schauspiel gesehen. Die Faschisten betrogen Südtirol als